

**BVV beschäftigt sich mit Folgen des Kriegs, störenden E-Rollern und der Wohnungspolitik.** Der russische Krieg gegen die Ukraine gehört zu den Themen bei der nächsten Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Charlottenburg-Wilmersdorf. Diese findet am Donnerstag, 17. März, ab 17 Uhr als Videokonferenz statt und wird zusätzlich als [Livestream bei YouTube](#) übertragen. Die ganze Tagesordnung [steht hier](#).

**Wie der Bezirk seine Städtepartnerschaft mit Kiew-Petschersk nutzt,** „um der Ukraine und ihrer Bevölkerung in dieser schwierigen Situation zu helfen“, [fragt die Grünen-Fraktion](#). Außerdem [will sie erfahren](#), welche Immobilien im Bezirk russischen oder belarussischen Oligarchen gehören, die auf der Sanktionsliste der EU stehen. Die zwei fraktionslosen AfD-Bezirksverordneten [regen an](#), beispielsweise eine der Messehallen am Funkturm als Notunterkunft für geflüchtete Menschen zu nutzen.

**Zu den anderen BVV-Themen gehören E-Roller,** die oft illegal auf Gehwegen abgestellt werden oder dort umgestürzt herumliegen. [Nach Ansicht der Grünen](#) sollte der Bezirk „die Möglichkeit wahrnehmen, selbst E-Roller und E-Bikes umzusetzen und die Kosten den jeweiligen Betreibern in Rechnung zu stellen“. Auch die CDU-Fraktion [fordert](#), E-Roller „kostenpflichtig zu entfernen“ und Bußgelder gegen die Nutzer oder Verleihfirmen zu verhängen, falls sich die Fahrzeuge „nicht auf dafür reservierten Flächen“ befinden. Die Roller hätten sich zur „regelrechten Landplage“ entwickelt.

**Einen anderen Aspekt der Verkehrspolitik** greift die FDP auf. Angesichts der Pläne für eine flächendeckende Parkraumbewirtschaftung innerhalb des Berliner S-Bahn-Rings [verlangt die Fraktion](#), den Bürgerentscheid aus dem Jahr 2007 zu respektieren. Damals hatte sich eine deutliche Mehrheit gegen neue Parkgebührenzonen ausgesprochen.

**Halte das Bezirksamt an seinen jetzigen Plänen fest**, sei zumindest ein neuer Bürgerentscheid nötig, findet die FDP – und zeigt sich „davon überzeugt, dass das Votum erneut gegen die Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung ausfallen würde“.

**Einen „sicheren Fußgängerüberweg“ in der Lewishamstraße** [wünscht sich](#) die SPD-Fraktion. Das Bezirksamt soll sich bei der zuständigen Senatsverkehrsverwaltung dafür einsetzen. Es geht um den Abschnitt nahe der Sybel- und der Waitzstraße. Ein maroder Fußgängertunnel war dort vor einigen Jahren ersatzlos entfernt worden. Seitdem müssten Fußgängerinnen und Fußgänger „unzumutbar weite Umwege“ in Kauf nehmen, um zur nächsten Ampelanlage zu gelangen, kritisiert die SPD.

**Eine Einwohnerversammlung der BVV zum Milieuschutz** hat der Vorsteher der Bezirksverordnetenversammlung, **Wolfgang Tillinger** (SPD), [beantragt](#). Es geht um die Wohngebiete rund um den Amtsgerichtsplatz und die Schloßstraße, für die ein vom Bezirk beauftragtes Gutachterbüro keinen Schutz empfiehlt.

**Bauliche Potenziale** für „Infrastruktur und bezahlbares Wohnen“ sehen die Grünen auf Parkplätzen des Olympiastadions und der Waldbühne. Das Bezirksamt [soll die Möglichkeiten prüfen](#). Baustadtrat **Fabian Schmitz-Grethlein** (SPD) hatte allerdings neulich schon zu Bedenken gegeben, dass Wohnungen dort wegen der starken Lärmbelastungen schwer vorstellbar seien.